

Wahlen auf Taiwan 2012: Implikationen des Wahlausgangs

Am 14. Januar 2012 wurde der amtierende Präsident Taiwans, Ma Ying-jeou (马英九), wiedergewählt. In der Volksrepublik China wird dies auch als Erfolg Pekings angesehen. Es besteht national und international die Hoffnung auf eine weitere Stabilisierung der Cross-Strait - Beziehungen. Dabei hängt die Entwicklung allerdings von zahlreichen Faktoren ab, insbesondere von dem zukünftigen Handlungsspielraum Mas und der kommenden Führungsgeneration in der Volksrepublik China.

Am 14. Januar fanden auf Taiwan bereits zum fünften Mal freie Präsidentschaftswahlen seit dem Abschluss des Übergangs zur Demokratie 1996 statt. Gleichzeitig wurden die siebten Wahlen zum taiwanischen Legislativ-Yuan bzw. Taiwans Parlament, seit dessen Einführung im Jahre 1992, abgehalten. Von den ca. 18 Mio. Wahlberechtigten folgten 74,4 % dem Aufruf zur Wahl zu gehen. Die Wahlbeteiligung war somit etwas geringer als bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen. 2008 lag sie bei 76,3% und im Vergleich zum Jahr 2000 ist die Beteiligung sogar um acht Prozentpunkte zurückgegangen. Es ist allerdings kein ungewöhnlicher Trend, dass im Zuge des Reifeprozesses in jungen Demokratien, ein anfänglicher Enthusiasmus über das eigene Mitspracherecht einen leichten Rückgang erfährt.¹

¹ Richard C. Bush, The Taiwan election and what it means, Präsentation beim CSIS-Brookings Symposium "Taiwan's Presidential and Legislative Elections: Implications for Taiwan, the United States, and Cross-Strait Relations", 17.01.2012.

Die Ergebnisse des Urnenganges

Ma Ying-jeou, Spitzenkandidat der Guomindang (GMD) erhielt bei den Präsidentschaftswahlen gemäß den bereits am Abend des 14. Januar von der nationalen Wahlkommission veröffentlichten Zahlen 51,6% der Stimmen. Seine Herausforderin von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), Tsai Ying-wen (蔡英文) erhielt 45,6 % der Stimmen. Dies entspricht einem Vorsprung Mas von ca. 800.000 der insgesamt etwa 13,5 Millionen abgegebenen Wählerstimmen. Somit ist Mas Wahlsieg wesentlich deutlicher ausgefallen als noch kurz vor der Wahl erwartet wurde.

Der von vorneherein aussichtslose Kandidat der People First Party (PFP), James Soong Chu-yu (宋楚瑜), erhielt lediglich 2,8 % der Stimmen. Die Angst der GMD, aus der Soongs Partei 2000 hervorgegangen war, die PFP könnte Ma erhebliche Stimmenverluste beibringen, hat sich somit nicht erfüllt.

Bei den vor allem aus Kostengründen zum ersten Mal zeitgleich abgehaltenen Wahlen zum Legislativ-Yuan² erreichte die GMD mit 64 der 113 Sitze ebenfalls eine absolute Mehrheit. Dadurch sichert sie sich einen weiterhin hohen politischen Gestaltungsspielraum in der kommenden Legislaturperiode. Die DPP erhielt 40 Sitze, die von Li Tenghui (李登輝) gegründete Taiwan Solidarity Union (TSU), die wie die DPP zur „Pan-

² Bislang waren die Präsidentschaftswahlen in der Regel zwei Monate nach den Wahlen zum Legislativ-Yuan abgehalten worden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

Green Koalition“ (泛绿联盟/ fanlü lianmeng)³ zählt, drei und die PFP ebenfalls drei Sitze. Zwei Sitze gingen an die Solidarity Union, die keiner der beiden Koalitionen angehört und ein Sitz an einen unabhängigen Kandidaten.

Im Vergleich zu den letzten Wahlen hat die GMD allerdings deutlich verloren und die für die vergangenen vier Jahre in die Opposition verbannte DDP konnte sich deutlich steigern. 2008 lag Ma mit einer Zustimmung von 58,5% weit vor seinem damaligen Herausforderer Frank Hsieh Chang-ting (谢长廷) von der DDP und die GMD konnte sich damals 81 Sitze im Parlament sichern.⁴

Dass die Wahl dieses Mal völlig friedlich abliefe und weitestgehend frei von Zwischenfällen geblieben ist, wie etwa dem Versuch die Wahlen durch die Ausübung von Gewalt zu beeinflussen, ist als Erfolg anzusehen. Die immer noch recht junge taiwanische Demokratie hat sich als gefestigt erwiesen und kann somit als Vorbild in der Region dienen. Auch der Konflikt auf Taiwan über die nationale Identität (taiwanisch oder chinesisch) scheint weitgehend beendet zu sein. Es wurden zudem kaum Zweifel an der Freiheit und Fairness der Wahl angemeldet, auch wenn der GMD, aufgrund ihres riesigen Vermögens, weiterhin wesentlich mehr Mittel für den Wahlkampf zur Verfügung stehen als der Opposition. Diese wirft der Regierungspartei vor, dass ein Großteil dieses

³ Die beiden stärksten politischen Lager auf Taiwan sind die „Pan-Blue Koalition“ (泛蓝联盟/ fanlan lianmeng), die aus GMD, PFP und der New Party besteht und die „Pan-Green Koalition“ aus DPP, TSU und der Taiwan Independence Party. Die Bezeichnung „blau“ und „grün“ bezieht sich auf die Parteifarben von GMD und DPP.

⁴ Der damalige deutliche Wahlsieg ist allerdings auf eine Reihe von Korruptionsskandalen in der DPP zwischen 2005 und 2008 zurückzuführen. Der ehemalige Parteivorsitzende und Präsident Taiwans von 2000 bis 2008, Chen Shui-bian (陈水扁), sitzt mittlerweile eine lange Haftstrafe ab und seine Person dürfte kaum mehr Einfluss auf die Wahlentscheidung der Taiwaner in diesem Jahr gehabt haben.

Vermögens während der Alleinherrschaft der GMD von 1949 bis 1987 illegal erworben wurde.⁵

Obwohl die DPP unter ihrer Führung ein wesentlich besseres Ergebnis erreichte als noch vor vier Jahren⁶, trat Tsai Ying-wen als Konsequenz ihrer Niederlage von ihrem Posten als Parteivorsitzende zurück. Laut der Taipei Times⁷ haben ihre Unterstützer sie aufgefordert zurückzukehren und bei den Wahlen zum Parteivorsitz, der ursprünglich erst für Mai vorgesehen war, erneut anzutreten.⁸ Dieser Vertrauensbeweis hat allerdings nicht zu einer Rücknahme ihrer Entscheidung geführt. Die DPP hat ihren Rücktritt offiziell akzeptiert und befindet sich nun auf der Suche nach einem neuen Parteivorsitzenden.

Gründe für den Wahlausgang und Auswirkungen auf die künftige Politik Taiwans

Während bei den vergangenen Wahlgängen die nationale Identität eine wichtige Rolle gespielt hatte, stellte sie diesmal keine Grundlage für die Stimmabgabe dar. Die vormalige gesellschaftliche „cleavage“ zwischen denjenigen, die sich als „chinesisch“, und denjenigen, die sich „taiwanisch“ identifizieren, hatte kaum mehr eine Bedeutung. Auch das demokratische Wahlverfahren selbst hat in erheblichem Maße zu einer eigenständigen taiwanischen Identität beigetragen. Die aktuellen Wahlen, die zum ersten Mal mit einer starken Opposition und einer weiblichen Spitzenkandidatin durchgeführt wurden, haben die Taiwaner erneut in

⁵ Vgl. Lawrence Chung, Home truths for Ma. In: South China Morning Post, 18.01.2012.

⁶ Der Anteil der Stimmen für sie war 4% höher als für den DPP Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen von 2008. Die Zahl der Sitze im Parlament konnte sogar von 27 auf 40 gesteigert werden.

⁷ Auf Taiwan können die meisten Zeitungen eindeutig einem politischen Lager zugeordnet werden. Von den drei englischsprachigen Zeitungen unterstützen die Taipei Times und Taiwan News die DPP, die China Post ist dem Lager der GMD zuzuordnen.

⁸ Vgl. 2012 elections: DPP chapters petition Tsai to stay on. In: Taipei Times Online, 16.01.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

ihrem demokratischen Bewusstsein be-
stärkt. Die politischen Freiheiten auf Taiwan
sehen viele als wichtiges Unterscheidungs-
merkmal zu Festland China an, auf das sie
ihr eigenes Selbstverständnis stützen kön-
nen. So gibt es mittlerweile auch einen brei-
ten Konsens in der Bevölkerung, dass sich
eine eigenständige taiwanische Identität
herausgebildet hat. Gemäß einer kürzlich
durchgeführten Umfrage verstehen sich
54% der Bevölkerung als „taiwanisch“, 39%
als „chinesisch und taiwanisch“ und nur
noch 4% ausschließlich als „chinesisch“.⁹

Weiterhin wichtig für das Votum der Bürger
war die Haltung der Parteien zum Verhältnis
zur Volksrepublik bzw. die Frage ob dem
„1992 Konsens“ (九二共识/ jiuer gongshi)
zugestimmt wird. Die GMD hatte diesen mit
der kommunistischen Führung ausgehandelt
und er besagt, dass es nur ein China gibt,
aber auf beiden Seiten verschiedene Inter-
pretationsmöglichkeiten davon, was mit die-
sem China gemeint ist, bestehen können.
Die Anerkennung dieses Konsenses war und
ist Pekings zentrale Forderung für eine Auf-
nahme engerer Kontakte mit Taiwan. Die
DPP lehnt diesen Konsens ab und bezeich-
net ihn als Fiktion aus der Vergangenheit.
Obwohl Tsai sich in Fragen der Eigenstän-
digkeit Taiwans wesentlich moderater zeigte
als etwa Chen Shui-bian, der von 2000 bis
2008 die Präsidentschaft innehatte, haben
die Zweifel an ihrer Chinapolitik überwogen.
Sie konnte sich zudem nicht aus dem Zwie-
spalt befreien, deutlich machen zu müssen,
dass ihre Wahl keinen Rückschlag für die
Beziehungen zu Peking bedeutet hätte, oh-
ne Stammwähler der „Pan-Green Koalition“
zu verschrecken.

Präsident Ma hingegen ist es in seiner ers-
ten Amtsperiode, aufbauend auf der Zu-
stimmung zum „1992 Konsens“, gelungen,
die Cross-Strait-Beziehungen enorm zu
verbessern. Er hatte nach seinem Amtsan-
tritt insgesamt 16 Abkommen mit dem Fest-
land unterzeichnet, die u.a. die Aufhebung
von Handelszöllen auf hunderte Produkt-

⁹ Vgl. Takio Murakami, Ma is reelected but voters vary of his identity. In: Asahi Shinbun Online, 16.01.2012.

gruppen beinhaltete. Der Höhepunkt der
gemeinsamen Beziehungen zwischen Fest-
land China und Taiwan stellt in dieser Hin-
sicht das Economic Cooperation Framework
Agreement (ECFA) dar, eine Art Freihand-
elsabkommen, das die Basis für eine wirt-
schaftliche Kooperation zwischen beiden
Partnern geschaffen hat. Die taiwanische
Exportwirtschaft hat davon stark profitiert
und der Handel mit der Volksrepublik er-
möglichte eine schnelle Erholung von der
Wirtschafts- und Finanzkrise. Nach einem
deutlichen Einbruch 2009 wuchs die taiwa-
nische Volkswirtschaft 2010 mit über 10%
und für 2011 wird ein Wachstum von ca.
5% erwartet.¹⁰ China ist zu Taiwans wich-
tigstem Handelspartner aufgestiegen und
das jährliche bilaterale Handelsvolumen lag
2010 bereits bei über 145 Mrd. USD. Auch
festlandschinesische Investitionen auf Tai-
wan sind seit Juni 2009 erstmals gestattet.
Diese unterliegen allerdings noch starken
Beschränkungen und ihr Umfang blieb des-
halb bislang äußerst gering. Ihr Gesamtwert
lag bis Oktober 2011 bei lediglich 170 Mio.
USD.

Dieser, durch Mas Öffnungspolitik erreichte
wirtschaftliche Erfolg, war höchstwahrscheinlich ausschlaggebend für das Wahler-
gebnis. Viele taiwanische Geschäftsleute
sind von einem guten Festlandgeschäft ab-
hängig und sehen in Ma einen Garanten der
Stabilität der Beziehungen über die Taiwan-
straße hinweg. Sie befürchteten, dass eine
Regierung unter Führung der DPP sich
negativ auf die wirtschaftlichen Beziehungen
ausgewirkt hätte. Auch die meisten der ca.
200.000 taiwanischen Geschäftsleute, die
für die Teilnahme an den Wahlen vom chi-
nesischen Festland in ihre Heimat geflogen
sind, werden wohl – aus dem gleichen
Grund – ihr Kreuzchen hinter Ma auf dem
Wahlzettel gemacht haben.¹¹

¹⁰ Vgl. Dafydd Fell, Election Season returns to Taiwan: Prospects for Taiwan's National Elections in 2012, Brookings North East Asia Commentary, No.47, 2011.

¹¹ Dies war notwendig, da auf Taiwan eine Briefwahl nicht möglich ist. Vgl. Andrew Jacobs, Presi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

Darüber hinaus hat Taiwan unter Ma mit der Regierung in Peking die Öffnung des Postverkehrs zwischen dem Festland und Taiwan, sowie die Einrichtung von direkten Flugverbindungen ausgehandelt, was Taiwan einen enormen Zustrom von Touristen vom chinesischen Festland beschert hat. Beide Maßnahmen fördern in erheblichem Maße die sozialen Beziehungen und führen zu größerem Verständnis zwischen Festlandchinesen und Taiwanern.¹² Seit der Lockerung der Vorgaben haben etwa 2,6 Mio. chinesische Touristen Taiwan besucht und dort ca. 3 Mrd. USD ausgegeben.¹³

Ma ist es anscheinend auch gelungen durch seine „drei Neins“ diejenigen zu beruhigen, die befürchtet haben könnten, dass Ma eine in ihren Augen zu starke politische Annäherung an Peking anstrebt. Die „drei Neins“ beinhalten „keine Vereinigung, keine Unabhängigkeit und kein bewaffneter Konflikt“ (不統, 不獨, 不武/ butong, budu, buwu) mit dem chinesischen Festland.

Die DPP konnte sich zwar im Vergleich zu den vergangenen Wahlen stark verbessern, aber der Wahlausgang war weniger knapp als noch kurz vor der Wahl vorausgesagt worden war. Dies ist dadurch zu erklären, dass die Prognose von einem „Kopf an Kopf Rennen“ besonders die Wähler der „Pan-Blue Koalition“ mobilisiert hat. Wie oben erwähnt sind viele von ihnen eigens für die Wahlen in ihre Heimat zurückgereist oder haben sich kurzfristig doch anstelle von Soong für Ma entschieden. Dies zeigt sich insbesondere an dem Ergebnis Soongs, welches wesentlich schlechter ausfiel als noch bei den letzten Prognosen sowie an der Wahlbeteiligung in den traditionellen Hochburgen der beiden Koalitionen. Im „blauen“

Norden war diese wesentlich höher als im „grünen“ Süden.¹⁴

Abgesehen von der Außenpolitik gegenüber der VR China und dem Grad der wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Festland, spielten aber auch innenpolitische Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung vieler Stimmberechtigter. Der diesmal wesentlich knapper ausgefallene Wahlsieg der GMD macht deutlich, dass durchaus eine gewisse Unzufriedenheit mit dem wachsenden sozialen Ungleichgewicht im Land besteht. Ma wird sich deshalb in seiner zweiten Amtszeit verstärkt innenpolitischen Fragen zuwenden müssen. Die Arbeitslosigkeit ist in den Augen vieler Taiwaner noch immer zu hoch und die Einkommenssteigerungen in den unteren Lohngruppen können mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten. Der von Ma bei seinem Amtsantritt 2008 ausgegebene „633“ Plan: 6% jährliches Wirtschaftswachstum, eine Arbeitslosenquote von 3% und ein Pro-Kopf Einkommen von 30.000 USD konnte bei weitem nicht erfüllt werden.¹⁵ Es wird für Ma also in den kommenden vier Jahren darauf ankommen vor allem für junge Menschen, bessere Möglichkeiten für den sozialen Aufstieg zu schaffen und durch eine Steuerreform soziale Disparitäten wieder auszugleichen. Präsident Ma steht dabei vor der Herausforderung, einen sozialen Ausgleich zu forcieren, obwohl die Export-gestützte Wirtschaft auf Taiwan in der momentanen globalen Wirtschaftssituation nicht mit hohen Umsatz- und Gewinnsteigerungen rechnen kann.

Auch die zunehmenden Investitionen taiwanischer Unternehmen auf dem Festland

dent of Taiwan is re-elected, a result that is likely to please China. In: New York Times, 14.01.2012.

¹² Vgl. Malte Drewes, Taiwans Chinapolitik nach den Präsidentschaftswahlen 2012: Kontinuität oder Wandel? In: ASIEN Aktuell, Nr. 121, 10/2011, S. 46.

¹³ Vgl. Taiwan's China opening gets voter support but pace may slow. In: Asahi Shinbun Online, 15.01.2012.

¹⁴ Vgl. Chu Yun-han, How to size up Taiwan's 2012 election, Präsentation beim CSIS-Brookings Symposium "Taiwan's Presidential and Legislative Elections: Implications for Taiwan, the United States, and Cross-Strait Relations", 17.01.2012.

¹⁵ Die Arbeitslosenquote lag 2011 bei 4,3% und das Pro-Kopf Einkommen bei ca. 20.000 USD. Vgl. Fell, 2011; Jens Kastner, Punters put DDP ahead in three-horse race. In: Asia Times Online, 21.11.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

schüren die Befürchtung, dass noch mehr Arbeitsplätze verlagert werden. Ma müsste deshalb zusätzliche Anreize schaffen, weiterhin auf Taiwan zu produzieren. Insgesamt könnte ein verstärkter Dialog mit der Opposition dazu beitragen, einen nationalen Konsens zu finden, wie drängende soziale Probleme gelöst werden können.

Ein Faktor, der zum momentanen Zeitpunkt noch keine große Rolle spielt, aber für die Zukunft erheblichen Einfluss ausüben kann, ist der interne Machtkampf innerhalb der GMD. Der geschmolzene Vorsprung im Vergleich zu den Wahlen 2008 auf nur noch sechs Prozent, dürfte ein Verlangen nach einer politischen Debatte innerhalb der GMD generieren. Die Themen mit denen Kontrahentin Tsai im Wahlkampf vor allem punkten konnte, nämlich die negativen Auswirkungen des ECFA und die notwendigen Reformen im Sozialsystem, wären dabei ein folgerichtiger Ansatzpunkt. So ließ Lien Chan, der Ehrevorsitzende der KMT verlauten, dass das Wahlergebnis genau begutachtet und die Kritik der Wähler innerhalb der Partei diskutiert werden müssen.¹⁶ Zudem begünstigt die geschrumpfte Mehrheit im Legislativ-Yuan Machtkämpfe über politische Programme, um sich für die kommenden Präsidentschaftswahlen innerparteilich zu positionieren.

Durch Mas erneuten Wahlerfolg, wird sich in der Zukunft die Debatte auf Taiwan wohl nicht mehr um die Frage drehen, ob eine formelle Unabhängigkeit verkündet und eine Aufnahme Taiwans in die Vereinten Nationen angestrebt werden soll. Im Gegenteil ist die weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China zu erwarten. Dies würde gewiss von breiten Teilen der Bevölkerung positiv aufgenommen werden: aktuelle Umfragen hinsichtlich der Fortführung institutionalisierter Konsultationen über die wirtschaftliche Kooperation zeigen eine Zustimmung von nahezu 75 Prozent.¹⁷ Unterstützt wird diese

These auch von den fortlaufenden Bekundungen Mas im Wahlkampf, in denen er die Priorität der wirtschaftlichen Kooperation hervorhob und betonte, dass er die schwierigeren, politischen Fragen erst später diskutieren wolle. Für ihn ist das ECFA die grundlegende Basis für ein weiteres Fortschreiten in Richtung eines möglichen Friedensabkommens auf der Grundlage seiner „drei Neins“ und der Durchführung von bilateralen „Confidence Building Measures“.

Dabei stoßen Taiwan und die Volksrepublik aber jetzt schon an die Grenzen einer wirtschaftlichen Kooperation unter der Prämisse des „1992 Konsens“. Etwa im Bereich der Investitionen im Immobiliensektor besteht auf Taiwan die Befürchtung, dass eine Vereinfachung festländischer Käufe die ohnehin bereits hohen Wohnungspreise noch weiter in die Höhe treiben würde. Auch bei als strategisch wichtig erachteten Branchen, wie etwa dem Bankensektor, stehen viele Taiwaner einem starken Engagement von Unternehmen aus der VR weiterhin skeptisch gegenüber.

Die verbleibenden Ressentiments gegenüber einer zu starken wirtschaftlichen Abhängigkeit, werden Ma auch dazu veranlassen, die Bemühungen zur Intensivierung der Handelsbeziehungen zu anderen Partnern zu verstärken. Das ECFA schaffte in dieser Hinsicht eine gute Möglichkeit des Ausbaus der wirtschaftlichen Kooperation auf andere Partner, da es nach Expertenmeinung alle Kriterien der Welthandelsorganisation für Free Trade Agreements erfüllt.¹⁸ Im Vergleich zu anderen Exportnationen in der Region wie etwa Südkorea, hat Taiwan noch relativ wenige Handelsabkommen mit anderen Staaten abgeschlossen. Vor kurzem hat die taiwanische Regierung deshalb Handelsgespräche mit Neuseeland und Singapur aufgenommen, ein Investitionsabkommen mit Japan unterzeichnet und Bemühungen für eine stärkere wirtschaftliche Kooperation

¹⁶ Vgl. Xing Zhigang; Tan Zongyang: Taiwan's Ma wins tight re-election race. In: China Daily Online, 15.01.2012.

¹⁷ Vgl. Drewes, S. 52.

¹⁸ Zhao Hong; Sarah Y. Tong, Taiwan-Mainland Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA): Implications For Cross-Strait Relations. In: East Asian Institute Background Brief, Nr. 452, 2009, S. 5.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

mit den USA ausgeweitet.¹⁹ Daneben wird auch eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der ASEAN über eine intensiviertere wirtschaftliche Kooperation angestrebt.

Für Ma bleibt es zentrale Herausforderung, die Cross-Strait-Beziehungen zu verbessern und zugleich die Anerkennung Taiwans etwa in internationalen Gremien zu erweitern.

Das Gelingen dieser zweigleisigen Politik hängt im erheblichen Maße auch vom guten Willen Pekings ab.

Ausblick auf die Cross-Strait-Beziehungen in den kommenden Jahren

Die Wahlen auf Taiwan waren die erste Weichenstellung für das Super(wahl)jahr 2012: vier ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates werden unter Umständen die Führungspositionen neu besetzen. Diese Personalrochade betrifft auch sämtliche potentiellen Verhandlungspartner für eine Lösung des Konflikts der Cross-Strait-Beziehungen, namentlich Taiwan, die Volksrepublik China und die USA.

Die daraus resultierende Spannung war in den seltenen Statements aus Peking und Washington vor der Wahl förmlich spürbar. Die wenigen Aussagen der KPCh oder den regierungsnahen Medien zeigten die deutliche Nähe zu Präsident Ma auf und lobten die Entwicklung der Beziehungen der letzten drei bis vier Jahre in höchsten Tönen. Auch Washington äußerte sich positiv über den Amtsinhaber Ma. Ein während des Wahlkampfes in der Financial Times veröffentlichter Artikel, in dem Mitarbeiter des Weißen Hauses intern der Oppositionsführerin Tsai die Führungsqualität absprachen, sorgte für großes Aufsehen.²⁰ Darüber hinaus äußerte sich die chinesische Regierungsbeteiligung für die Angelegenheiten mit Taiwan besorgt, dass ein Erfolg Tsais den friedlichen Status Quo in der Taiwan-Straße gefährden könnte.

Nach der Wahl ist den ersten Reaktionen aus Peking und Washington daher auch eine gewisse Erleichterung zu entnehmen und sie sind jeweils mit der geäußerten Hoffnung verknüpft, dass der bisher unter Ma eingeschlagene Kurs, insbesondere in Bezug auf die friedlichen Cross-Strait-Beziehungen, weiter stabilisiert werden kann.

Der erneute Wahlsieg Mas bedeutet nicht nur die Grundlage für Stabilität in den Beziehungen zur Volksrepublik sondern könnte auch indirekte Auswirkungen auf die bevorstehende Neubesetzung des Zentralkomitees der KPCh, sowie des Politbüros und dessen Ständigen Ausschusses besitzen. Der Triumph der GMD wird auch als ein Erfolg der friedlichen Annäherungspolitik des scheidenden chinesischen Präsidenten Hu Jintao angesehen, der durch die besonnene Intensivierung der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Taiwan und Festland China einen moderaten Kurs eingeschlagen hat. Wäre Tsai zur ersten Präsidentin Taiwans gewählt worden, so hätte das für die Besetzung des Politbüros einen Richtungswechsel hin zur Position der Hardliner bedeuten können. Unter dem Strich wird die Besetzung des Politbüros nun wohl ohne einen besonderen Fokus auf Taiwan ausgehandelt werden. Hu Jintaos Position bei den Verhandlungen über die nächsten Mitglieder der wichtigsten Parteigremien wurde jedoch durch die Wahlentscheidung der Taiwaner und die aus Pekinger Sicht positive Entwicklung der Beziehungen zu Taiwan gestärkt.

Wandel der Taiwan-Politik unter Xi Jinping?

Wie wird Peking mit dem neu besetzten Ständigen Ausschuss des Politbüros die Cross-Strait-Beziehungen fortführen? Xi Jinping, der im kommenden Herbst mit größter Wahrscheinlichkeit die Führung der KPCh übernimmt, um daran anschließend im Frühjahr 2013 als der neue Staatspräsident der VR China die Geschicke des Landes zu leiten, wird innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses keine erhebliche Kurswende im Bezug auf die Taiwanpolitik zugetraut. Eher ist von einem Festhalten an der zurückhaltenden Taiwan-Politik von Hu Jintao auszu-

¹⁹ Vgl. Asahi Shinbun Online, 15.01.2012.

²⁰ Vgl. Anna Fifield; Robin Kwong; Kathrin Hille, US concerned about Taiwan Candidate. In: Financial Times, 15.09.2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china

www.kas.de

gehen. Dafür gibt es mehrere Anhaltspunkte:

Der lange Prozess der Machttransformation in China, der sich beinahe rituell über einen Zeitraum von zwei Jahren zieht und enorm abhängig von der Meinung der vorangegangenen Führungsgeneration ist, spricht gegen eine riskante politische Positionierung Xi Jinpings vor der Neubesetzung des Politbüros. Ganz im Gegenteil gibt es Anzeichen, dass Xi Jinping – u.a. auch weil er eine moderate Ansicht zu den Cross-Strait-Beziehungen hat – von Hu für dessen Nachfolge ausgewählt wurde. Hu Jintao hat in seiner Regierungsära einen außenpolitischen Kurswechsel vollzogen, den er bei der Machtübergabe durch seinen politischen Einfluss mit großer Wahrscheinlichkeit weiter fortgeführt sehen möchte.

Zudem ist in China ein stetiger Trend zu einer Machtdiffusion innerhalb des politischen Machtapparats festzustellen. Die Macht wird von Generation zu Generation auf immer mehr Schultern verteilt, welches sich exemplarisch an dem Bedeutungszuwachs der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros illustrieren lässt. Es herrscht mittlerweile ein Machtgleichgewicht unter den zurzeit neun Mitgliedern des Ständigen Ausschusses und Hu bzw. in der Zukunft Xi ist lediglich „primus inter pares“. Signifikante politische Kurswechsel erscheinen in einem vermutlich von Konsens geprägten Entscheidungsprozess im Ständigen Ausschuss sehr unwahrscheinlich und ein sehr risikobehaftetes Unternehmen. Ein selbstherbeigeführter Konflikt mit Taiwan könnte den Status der neuen Führungsgeneration zudem destabilisieren, da gegenwärtig andere potentielle Risiken für eine Krise, wie wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, sowie Autonomiebestrebungen der Tibeter und der Uiguren in Xinjiang mehr Aufmerksamkeit zukommt.

Abgesehen von diesen institutionellen Faktoren wird Xi Jinpings Führungsverhalten als behutsam und zurückhaltend umschrieben,

was auf seine Vita als Prinzling²¹ und langjähriges Kadermitglied zurückgeführt wird. Darüber hinaus weist seine politische Biographie auch ein langjähriges Engagement in der Provinz Fujian auf, die als Taiwan benachbarte Provinz stark von den verbesserten Cross-Strait-Beziehungen profitiert hat. Weitere Stationen in seiner politischen Laufbahn führten ihn nach Zhejiang und Shanghai: beide profitierten ebenfalls von dem verbesserten Verhältnis zu Taiwan. Sogar taiwanische Medien berichteten von Xis besonderem Verständnis für Taiwan und verwiesen auf seine auf Taiwan lebenden Verwandten. Auch diese individuell auf Xi zugeschnittenen Faktoren sprechen nicht für einen affektiven Politikwechsel, sondern eher für eine besonnene Weiterführung der aktuellen Taiwan-Politik.

Die Beziehungen könnten dennoch schwieriger werden, da nach der wirtschaftlichen Annäherung, von der beiden Seiten profitieren, das Verlangen auf chinesischer Seite größer werden wird, auch heiklere Themen zu behandeln. Seit dem Bürgerkrieg zwischen der Kommunistischen Partei und der GMD und der Flucht der GMD Anhänger nach Taiwan 1949, befinden sich die beiden Seiten offiziell weiterhin im Kriegszustand. Die Volksrepublik wird sich nach dem Führungswechsel möglicherweise verstärkt um die Aushandlung eines Friedensvertrages nach Pekinger Konditionen bemühen.²² Auch Verhandlungen über die Zukunft der über 1.000 Raketen, welche die VR China auf Taiwan richtet, könnten zu erneuten Konflikten führen. Ma hat die kommunistische Führung zwar schon wiederholt aufgerufen, diese abzubauen und somit die Droh-

²¹ Als Prinzingen werden die Kinder von hochrangigen Parteifunktionären bezeichnet, die heute ebenfalls wichtige Posten in Partei, Staat und Wirtschaft innehaben.

²² Es jedoch davon auszugehen, dass verstärkter Druck in diese Richtung erst einsetzen wird, wenn der Führungswechsel an der Spitze von Staat und Partei abgeschlossen ist und sich die neuen Führungspersönlichkeiten endgültig etabliert haben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

kulisse zu entschärften, hatte damit allerdings bislang keinen Erfolg.²³

Wie Ma sich die außenpolitische Agenda für die Cross-Strait-Beziehungen vorstellt, hat er in seinem „Golden Decade-Plan“ skizziert, der in den nächsten zehn Jahren ein Friedensabkommen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan in Aussicht stellt.²⁴ Für die Aufnahme einer solchen Debatte stellt Ma drei Forderungen: ein breiter Zuspruch in der Bevölkerung, ein tatsächlicher Bedarf und eine Überwachung durch die Legislative.²⁵ Nachdem sein Vorschlag im vergangenen Wahlkampf stark kritisiert worden war und als eine Gefahr für die taiwanische Souveränität galt, stellte er klar, dass mit einem Friedensabkommen keine Vereinigung mit der Volksrepublik verbunden wäre, sondern lediglich der oben erwähnte Status Quo, also „keine Vereinigung, keine Unabhängigkeit und kein bewaffneter Konflikt“, vertraglich abgesichert würde. Zudem schränkte er ein, dass die Zustimmung der Bevölkerung durch ein Referendum eingeholt werden müsste.

Es erscheint äußerst unwahrscheinlich, dass mit einer gestärkten taiwanischen Opposition und der Notwendigkeit eines Referendums in naher Zukunft ein weiterer Schritt zu einem Friedensabkommen unternommen werden kann. Die institutionelle Sicherung des Status Quo, die graduelle Intensivierung der wirtschaftlichen Kontakte und der Beginn einer engeren Kooperation in den Bereichen Bildung und Kultur ist das wahrscheinlichste Szenario.

Rezeption der Wahl in den chinesischen Medien

Die relativ kurze Geschichte demokratischer Wahlen auf Taiwan, die erst im Jahr 1992 begann, wurde von Beginn an durch das

Verhalten der VR China beeinflusst. Betrachtet man die seit jener Zeit durchgeführten Wahlen und die dazugehörigen Reaktionen aus der VR China, ist ein stetiger Trend zu erkennen. Während Peking bei der ersten Präsidentschaftswahl Taiwans 1996 noch Raketen abfeuern ließ und mit weiteren militärischen Maßnahmen drohte, nahm die Einmischung während der folgenden Wahlen schrittweise ab. Diese passive Einstellung folgt vermutlich aus den negativen Erfahrungen, die Peking mit der offensiven Propagierung ihres Wunschkandidaten gemacht hat. Unter Hu Jintao hielt sich Peking in den letzten zwei Wahlen dezent zurück und die Entwicklung der letzten Jahre gibt dieser friedlichen Annäherungspolitik Recht. Allerdings ist Peking sich der Sensibilität des Themas bewusst und versucht breite Diskussionen über die demokratische Wahl eines Präsidenten zu unterbinden. Um dies zu verdeutlichen, wird in der Folge auf die drei der chinesischen Bevölkerung zugänglichen Informationsquellen Print-, Fernseh- und Internetmedien eingegangen und ihre unterschiedliche Darstellung der Wahlen auf Taiwan analysiert.

Den Printmedien wurde es durch eine Verordnung der Propagandaabteilung der Regierung untersagt, sich beliebig über die Wahlen auf Taiwan zu äußern. Die Berichterstattung über die Wahlergebnisse sollte sich nur an dem von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichten Kommentar orientieren.²⁶ Die Verwendung des Wortes Demokratie war in den Nachrichten Tabu und von einem Präsident sollte möglichst nicht gesprochen werden. Ma wurde deshalb in der Regel als der „Leiter“ der Region Taiwan umschrieben,²⁷ um dem chinesischen Verständnis, dass es sich bei Taiwan um eine Provinz der Volksrepublik handelt, treu zu bleiben. Die chinesischsprachige Ausgabe der Global Times entschied sich dafür „Präsident“ (总统/ zong-

²³ Vgl. Minxin Pei, Securing Peace. In: South China Morning Post, 17.01.2011.

²⁴ Vgl. Alan D. Romberg, : Taiwan Elections Head to the Finish: Concerns, Cautions, and Challenges, in: China Leadership Monitor, Nr. 36, 2011, S. 8-9.

²⁵ Vgl. Drewes, S. 53.

²⁶ Vgl. Ying Chan, Elections in Taiwan set the bar for China. In: China Media Project, 17.01.2012.

²⁷ Die genaue chinesische Formulierung lautet: 台湾地区领导人 (Taiwan diqu lingdaoren).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

tong) in Anführungszeichen zu schreiben.²⁸ Inhaltlich wurde die Bestätigung von Ma begrüßt und die positiven Wirkungen für Taiwan hervorgehoben. Die Bevölkerung Taiwans drücke in diesem Zusammenhang ihr Verlangen nach Frieden, Stabilität und Entwicklung aus. Nichtsdestotrotz haben die chinesischen Printmedien teilweise Nischen genutzt, um auf die politische Bedeutsamkeit und den demokratischen Kontext hinzuweisen. So war am Tag nach der Wahl durch die Auswahl der Titelseite, des Layouts und der Headline genügend Möglichkeit geboten, eine von der Regierung in Peking nicht gewünschte Nachricht zu transportieren. Die Titelseite der *Southern Metropolis Daily* zum Beispiel zierte ein überdimensionales Bild mit dem Konterfeit des Sieger Ma und der Überschrift: „Wir haben gewonnen“. Allein durch die Auswahl der Titelseite und der Schlagzeile wurde somit auf die Möglichkeit der Wahl eines politischen Kurses und das demokratische System auf Taiwan hingewiesen.

Betrachtet man die Fernsehberichte über die Wahlen auf Taiwan, erscheint ein Vergleich zu den vorigen Präsidentschaftswahlen unausweichlich. War es vor vier Jahren noch quasi unmöglich, den in Hongkong ansässigen Fernsehkanal Phoenix TV zu empfangen, um eine unzensurierte Live-Übertragung verfolgen zu können, war es in diesem Jahr durch das ausgeweitete Angebot von Phoenix TV zumindest online möglich, die Wahl legal, direkt und unzensuriert mitzuerleben. Durch den enormen Zuwachs an Internetanschlüssen in China ist hier von einer Öffnung zu sprechen, allerdings mit der Einschränkung, dass der Großteil der Internetanschlüsse eine nicht ausreichende Qualität besitzt, um der Berichterstattung ohne Unterbrechungen folgen zu können.

Laut offizieller Statistik beziffert sich die chinesische Internetgemeinschaft heute auf über 500 Millionen Nutzer, von denen über 300 Millionen Microblogging-Dienste nut-

²⁸ Vgl. Li Yong; Li Zhen; Qing Mu; Ma Jun, Ma Yingjiu rang shijie song le kou qi (Ma Ying-jeou lässt die Welt aufatmen). In: Huanqiu Shibao (Global Times, chinesische Ausgabe), 16.01.2012.

zen.²⁹ Die vier wichtigsten Internetportale in China, namentlich Sina, QQ, Netease und Sohu, die allesamt eine Live-Berichterstattung mit sekundlich aktualisierten Informationen zu den Wahlen anboten, ermöglichten eine intensive Debatte über die taiwanischen Wahlen innerhalb der chinesischen Internetgemeinschaft. Dies bestätigte Zhang Ming, ein angesehener Politikwissenschaftler der Renmin Universität in Peking: „Das ist alles worüber jeder auf Weibo am Wochenende gesprochen hat“.³⁰ Solch eine intensive Rezeption im Internet war vor vier Jahren auf Grund der geringeren Verbreitung noch nicht möglich und die bekannten Zensurmechanismen unterbanden regimiekritische Kommentare.

Durch die gewachsene Popularität der Microblogging-Dienste ist es der Regierung nahezu unmöglich geworden, auf Blogbeiträge sekundenschnell zu reagieren, sodass kritische Diskussionen erst nach mehreren Stunden entfernt werden können. Darüber hinaus versenden Blogger kritische Nachrichten immer häufiger als Bildanhang. Dies macht es quasi unmöglich, derartige Kommentare zu verhindern, da bisher nur die geschriebene Nachricht selbst auf Stichwörter beziehungsweise Schriftzeichen untersucht werden kann. Somit erhält die chinesische Öffentlichkeit in bisher nie dagewesener Form die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern und in eine Debatte über die Notwendigkeit demokratischer Reformen einzusteigen.³¹ Dabei wurde auch offene Kritik an dem von der Regierung Hu Jintao propagierten Konzept der Harmonischen Gesellschaft geübt. So sei beispielsweise Taiwan die wirkliche Harmonische Gesellschaft, da Politiker sich der Öffentlichkeit stellen müssen

²⁹ Die Daten sind dem aktuellen 29. Report des chinesischen Internetinformationszentrums (CNNIC) entnommen.

³⁰ Vgl. Andrew Jacobs, Taiwan Election Stirs Hopes Among Chinese for Democracy. In: New York Times, 16.01.2012.

³¹ Vgl. Josh Chin; Paul Mozur, In China, Fascination with Taiwan Election. In: Wall Street Journal, 13.01.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china
www.kas.de

und dieser Forderung ehrenhaft nachgehen.³²

Die dargestellte Diskussion um die Wahlen auf Taiwan passt in den größeren Kontext des chinesischen Netcitizen-Diskurses, der im Dezember 2011 einen großen Einschnitt erlebte, als der berühmte chinesische Schriftsteller und Blogger HanHan mit seinen drei veröffentlichten Blogs zu Revolution, Demokratie und Freiheit einen Diskurs über mögliche Transformationspotentiale der chinesischen Gesellschaft anstieß. Die besondere Faszination geht dabei von dem neu gedeuteten Verhältnis zwischen Regierung und Regierten aus. So erhielt ein Beitrag auf Sina Weibo ungeheure Aufmerksamkeit, in dem ein Bild die Kandidaten Tsai und Ma zeigt, wie sie auf die Bevölkerung zu gehen und mit ihnen im direkten Kontakt stehen. Dieses Bild wurde mit dem Kommentar versehen, dass mit dem Stimmzettel die Bevölkerung an der Macht ist, ohne diesen die Bevölkerung hingegen nur ein Sklave sei.³³ Die Symbolkraft der taiwanischen Wahl ist enorm: Entgegen voriger Verlautbarungen der chinesischen Regierung sind die chinesische Kultur und das Konzept von Demokratie scheinbar doch miteinander vereinbar.

Die dargestellte Berichterstattung und Rezeption der Wahlen machen den möglichen Einfluss auf die Zivilgesellschaft in Festland China deutlich. Politische Teilhabe und die Möglichkeit der Formulierung eines eigenen politischen Willens wurden in den Köpfen vieler Chinesen mit neuem Wert versehen.

Die Bevölkerung Taiwans wurde durch das stark kontrastierte Profil der beiden Spitzenkandidaten vor eine klare Wahl des politischen Kurses gestellt. Diese Auswahl einer Alternative ist, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, unter den Festlandchinesen wahrgenommen worden. Die in China bisher schrittweise vorangetriebene Transformation von oben, die demokratische Wahlen in

einzelnen Bezirken einführte, steht nun vor der Herausforderung, eine Antwort auf das erhebliche Transformationspotential von unten zu finden. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die politische Führung in Peking auf das steigende Verlangen nach Partizipation und Selbstbestimmung innerhalb der chinesischen Bevölkerung reagieren sollte.

Das Ergebnis der taiwanischen Wahlen scheint somit nur im ersten Moment eine beruhigende Nachricht für Peking zu sein. Die Auswirkungen und das Potential eines demokratischen Vorbildcharakters Taiwans stellen Peking in der nahen Zukunft allerdings vor eine Herkules-Aufgabe, die durch eine steigende Inflation und sozialen Unmut in einem enormen Reformdruck münden kann. In Anbetracht der intensiven Rezeption der taiwanischen Wahlen im Internet, die nur einer eingeschränkten Zensur unterworfen war, stellt sich die Frage, ob dies immer deutlich sichtbarere Zeichen für eine Gesellschaft in der Transformation zu einer Zivilgesellschaft mit demokratischen Gewissen sind.

Internationale Reaktionen auf den Wahlausgang

Bereits kurz nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses gratulierte der amerikanische Präsident Barack Obama Ma Ying-jeou zu dessen Sieg. In einer Erklärung des Weißen Hauses heißt es, man hoffe, dass die beeindruckenden Anstrengungen der beiden Seiten ihre Beziehungen zu verbessern fortgesetzt werden. Der bereits im Vorfeld der Wahlen angedeutete Eindruck, dass die amerikanische Regierung den jetzigen Ausgang der Wahlen erhofft haben könnte, wurde nun in amerikanischen Medien offen geäußert. Nicht nur in festlandchinesischen, sondern auch in den Medien in den USA und anderen Staaten wurde Mas Wiederwahl häufig als „Erleichterung“ für Washington und die Politiker in der Region bezeichnet.³⁴

³² Vgl. Peh Shing Huei, China media hail Taiwan president's win as double victory. In: The Straits Times, 16.01.2012.

³³ Vgl. Chin; Mozur, 2012.

³⁴ Vgl. u.a. The Economist Online, Elections in Taiwan – Close brush for China, 14.01.2012; FAZ, Erleichterung über Wahlausgang in Taiwan, 16.01.2012.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VOLKSREPUBLIK CHINA

ANDREAS DITTRICH
BENJAMIN BARTH

28. Februar 2012

www.kas.de/china

www.kas.de

Für die USA bedeutet der Wahlsieg des Amtsinhabers, die erwünschte Kontinuität in den chinesisch-taiwanischen Beziehungen. Ein Konflikt in der Taiwanstraße ist durch diesen Wahlausgang unwahrscheinlich geworden, was auch die Politiker in Washington beruhigen dürfte. Für die Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den USA bedeutet dies einen möglichen Konfliktherd weniger³⁵ und für die Beziehungen zu Taiwan erhofft man sich dadurch einen größeren Spielraum.

Bereits am Montag nach den Wahlen kündigte Ma an, seinerseits die Beziehungen zu den USA stärken zu wollen. Durch sein öffentlich bekundetes Interesse weiterhin Waffen aus Amerika zu beziehen, verdeutlichte er, dass trotz der Annäherung an das chinesische Festland, Taiwan zur Garantie seiner Sicherheit weiterhin von den USA abhängig ist. Er machte zudem deutlich, dass er die Präsenz der USA in der Asien-Pazifik Region weiterhin willkommen heißt und begrüßte die Entscheidung von Obama, die Militärausgaben für diese Region nicht zu kürzen. Gute Beziehungen zu den USA sowie anderen Staaten sind für Taipeh auch eine wichtige Voraussetzung, um die Verhandlungsposition gegenüber Peking zu stärken. Auch wirtschaftlich will Ma stärker mit den USA kooperieren und z.B. Mitglied des Trans-Pacific Partnership (TPP) werden sowie möglichst bald Erfolge in den Verhandlungen über ein Trade and Investment Framework Agreement mit den Vereinigten Staaten erzielen.

Auch in den Hauptstädten der asiatischen Nachbarstaaten der Volksrepublik und Taiwans, wird der Wahlausgang wohl für Erleichterung gesorgt haben, da der Erhalt des politischen Status Quo auch die Stabilität in der Region festigt. Auch innerhalb der EU wird die Wiederwahl als ein positives Zeichen für die gesamte Region gesehen, da Kontinuität als die beste Grundlage für Frieden und Sicherheit in der Region betrachtet wird. Zudem wird in Medienberichten der Erfolg des demokratischen Systems auf Taiwan hervorgehoben.

Ausblick

Das für die nahe Zukunft entscheidende Zeichen dieser Wahl ist die weitere Stabilisierung der Cross-Strait-Beziehungen. Während der Spielraum Mas für eine politische Annäherung an die Volksrepublik aufgrund innerer Restriktionen wie etwa der öffentlichen Meinung und der starken Opposition als gering einzuschätzen ist, gibt es auf der anderen Seite auch keine Anzeichen dafür, dass die Volksrepublik China unter Xi Jinping von dem eingeschlagenen moderaten Kurs gegenüber Taiwan abweichen wird. Der Wahlausgang trägt zur Stabilisierung der gesamten Region bei und ermöglicht es den USA, sich auf andere regionale Konfliktfelder wie etwa den Nuklearstreit mit Korea zu konzentrieren. Die Rezeption der Wahlen in der festlandchinesischen Internetgemeinde könnte einen Anstoß für einen erweiterten Diskurs über politische Partizipationsmöglichkeiten bieten.

Benjamin Barth ist Praktikant im KAS Büro Peking.

Der Artikel wurde mit Unterstützung von Ekkehard Kleindienst verfasst. Ekkehard Kleindienst war von November 2011 bis Januar 2012 Praktikant im KAS Büro Shanghai.

³⁵ Vgl. ebd.